

Menschen statt „Flüchtlingsströme“

INTERVIEW Die Christdemokratin und gebürtige Inderin üSrita Heide ber Flucht, Migration und den Respekt vor jedem Individuum

6.10.2015

Von Peter Völker

GELNHAUSEN. Die gebürtige Inderin Srita Heide lebt seit 21 Jahren in Deutschland, zuerst im Taunus und seit 1994 in Hanau. Sie ist Kind hinduistischer Eltern, hat in ihrer Heimatstadt Kalkutta eine italienische Klosterschule besucht und nach eigenen Angaben von Anfang an gelernt, zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen zu leben. Am College in Kalkutta hat sie zunächst Politikwissenschaft studiert, später absolvierte sie ein Studium in Personalmanagement. In Deutschland hat sie an der TU Ilmenau und der Mannheim Business School studiert. Ihr Berufsleben hat sie im Personalmanagement mit Schwerpunkt interkulturelle Zusammenarbeit aufgebaut. Seit 2009 ist sie als selbstständige Unternehmens- und Personalmanagementberaterin tätig und unterstützt deutsche/europäische Firmen beim Aufbau von Tochtergesellschaften und Joint-Ventures in Indien und umgekehrt. Mittlerweile ist ihr Lebensmittelpunkt Hanau-Kesselstadt, wo sie mit ihrem Mann lebt, einem Journalisten und Verleger. Beide haben sich vor 25 Jahren in Indien kennengelernt. Srita Heide ist sozial engagiert und organisiert unter anderem innovative Kochabende zu Gunsten der Lebenshilfe. Sie ist Vorstandsmitglied der CDU Hanau, Mitglied des Landesvorstands der Frauen Union und seit 2009 Kreisratsmitglied für die CDU Main-Kinzig.



Die gebürtige Inderin Srita Heide lebt seit 21 Jahren in Deutschland und ist hier sozial und politisch engagiert.

Foto: Völker

INTERVIEW

mit Srita Heide
Immigrantin und CDU-Politikerin

GT: Sie haben indische Wurzeln. Welcher Weg hat Sie im Sinne fernöstlicher Philosophie persönlich zum Ziel Deutschland geführt?

Srita Heide: Zunächst hat mich keine Philosophie nach Deutschland geführt, sondern schlichtweg die Liebe. Wenn Sie mich aber nach meiner grundsätzlichen Haltung mit Blick auf meine Migration fragen, so ist sie weder fernöstlich noch anderweitig geografisch bestimmt, sondern universal: Achtung und Respekt vor jedem Menschen, unabhängig von seiner Herkunft, Rasse, Religion, Geschlecht usw. Trotz aller Unterschiede gibt es viele Gemeinsamkeiten; auf Letztere sollte man sich viel mehr konzentrieren als auf Erstere. Und – egal, wo man zu Hause ist, man sollte gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Der Kreistag hat einen Ausländerbeirat im Main-Kinzig-Kreis beschlossen. Was halten Sie davon? Welche Aufgaben soll er wahrnehmen?

Der Kreisausländerbeirat ist eine Chance für ausländische Mitbürger, am politischen Geschehen teilzuhaben. Gerade jetzt, da viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, sehe ich auch eine Aufgabe darin, Lokalpolitiker dabei zu unterstützen, die Themen rund um Migration und Integration sachkundig zu bewerten und intelligente Lösungen in die Praxis umzusetzen.

In der politischen Debatte werden Menschen unterschiedlichster Kulturen und Identitäten unter dem Begriff „Asylbewerber“ oder „Asylanten“ subsumiert und in Gemeinschaftseinrichtungen teilweise ohne persönliche Betreuung zusammen untergebracht. Ist das menschenwürdig? Brauchen wir in der Flüchtlingspolitik nicht eine differenzierte Sicht und Betreuung der Kulturen?

Zunächst einmal stellen wir fest, dass der weitaus größere Teil der Bevölkerung die Aufnahme der Flüchtlinge unterstützt; viele engagieren sich sogar persönlich. Ich habe Hochachtung vor allen, die sich dieser Herausforderung stellen, besonders vor jenen, die Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen. Natürlich ist die Frage nach der menschenwürdigen und sicheren Unterbringung eine sehr wichtige. Dass

wir aber gezielt auf jede Besonderheit der unterschiedlichen Kulturen eingehen, halte ich für nicht leistbar. Viele Flüchtlinge haben Schreckliches erlebt. In Deutschland sind sie außer Gefahr, das ist doch erst einmal das Allerwichtigste. Nach der Unterbringung fängt der Alltag an, und hier benötigen wir mehr Kapazitäten und Ressourcen, um bessere Prozesse für die Betreuung zu entwickeln. Erst wenn das geschafft ist, können wir uns um weitere Einzelheiten kümmern.

Aktuell sind rund 60 Millionen Menschen wegen ökonomischer, ethnischer und religiöser Gründe auf der Flucht, vor allem der religiös motivierte Terrorismus nimmt in Afrika und im Vorderen Orient massiv zu. Wie kann die internationale Staatengemeinschaft diesem Problem von „außen“ überhaupt gerecht werden?

Der Terrorismus, den Sie ansprechen, nimmt die Religion doch nur als Vehikel. Tatsächlich geht es um das gleiche wie immer: Macht, Einfluss, Geld. Dem kann die internationale Staatengemeinschaft nur begegnen, wenn sie das gemeinsame Interesse verfolgt, die Aktivitäten zu stoppen, die den Weltfrieden bedrohen. Da es mit den Gemeinsamkeiten aber oft nicht allzu weit her ist, ist die Problemlösung schwierig. Ganz sicher sollten die Industriestaaten und andere entwickelte Länder ihre Politik gegenüber den Krisenländern strategisch so ausrichten, dass es für niemanden mehr einen Fluchtgrund gibt. Dazu gehört auch die Unterstützung vor Ort in Sachen Wirtschaft, Bildung, Sicherheit, Landwirtschaft usw. Da geschieht ja auch schon vieles. Aber wie gesagt: Es folgt halt nicht jeder dem gleichen Ziel.

In letzter Zeit wurden von verschiedenen seriösen Institutionen Zahlen veröffentlicht, dass weltweit rund ein Prozent Reicher genauso viel Vermögen besitzt wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Ist das für die Menschheit zukunftsweisend?

Auf dieser Basis würde es den Unternehmen schlechter gehen – und damit auch der Weltwirtschaft.

Ist allein vor diesem Hintergrund der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ nicht ein demagogisches Vehikel zur Diskriminierung von Menschen, die vor Elend und Gewalt fliehen? Ist ausreichende Ernährung nicht eines der wichtigsten Menschenrechte?

Das Recht auf angemessene Ernährung ist als Menschenrecht völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-

Sozialpakt) – und das ist gut so. Aber Papier ist bekanntlich geduldig. Viel wichtiger ist doch diese Erkenntnis: Migranten – vom EU-Bürger über „Gastarbeiter“ bis hin zum Flüchtling – bringen Deutschland grundsätzlich jährlich ein Plus an Wirtschaftsleistung in zweistelliger Milliardenhöhe. Jenseits dieser rein pragmatischen Erkenntnis gilt: Wer in existenzieller Not ist, dem muss geholfen werden, beispielsweise über das Bleiberecht – das ist unsere moralische und im Übrigen auch verfassungsrechtlich vorgeschriebene Pflicht als Deutsche und Europäer. Deshalb muss auch jeder Einzelfall nach objektiven Kriterien geprüft werden.

Müsste nicht mehr über die Hintergründe von Migration und Flucht informiert werden, um ultrarechten Tendenzen den Wind aus den Segeln zu nehmen?

Die Mehrheit in unserer Gesellschaft beschäftigt sich mit solchen Themen. Aber in jeder Gesellschaft gibt es einen Teil, der ideologisch inakzeptable Positionen vertritt, sogar mit Gewalt. Dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Und dann gibt es die Leute, die ihr normales Leben gefährdet sehen, sei es durch Migranten oder durch Windräder. Sie können oder wollen nicht differenzieren. Deshalb ist es unsere Aufgabe, ihnen die Fakten nahezubringen. Und da können auch Sie sich als Journalist angesprochen fühlen. Welches Bild verankert die Presse denn in den Köpfen der Menschen, wenn sie täglich von „Flüchtlingsströmen“ spricht? Das impliziert ja – fälschlicherweise – eine drohende Überschwemmung. Kein Wunder, dass es da manchem Angst und Bange wird. Aber es wäre naiv zu glauben, dass wir in unserer Gesellschaft eine einheitliche Meinung schaffen können. Damit muss die Demokratie leben. Beängstigend wird es nur, wenn der Anteil der Menschen mit extremer Meinung unverhältnismäßig ansteigt. Es ist unsere alle Aufgabe, das zu verhindern.

Die Debatte zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik wird in der EU sehr unsolidarisch geführt. Müsstens nicht alle EU-Länder hier einen Beitrag leisten?

Es ist höchste Zeit, auf EU-Ebene in der Außen- und Entwicklungspolitik eine gemeinsame Sprache zu sprechen – und gemeinsam zu handeln.

Ist der weltweit politisch populäre Trend des ungehemmten Kapitalismus neoliberaler Prägung und der weitgehend unkontrollierten Aktivitäten der Finanzmärkte ein Weg aus dieser ein-

seitigen wirtschaftlichen Entwicklung oder ist er gar die Ursache?

Diese Frage lässt sich in der gebotenen Kürze nicht differenziert beantworten.

Ist die 1972 von dem US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler James Tobin vorgeschlagene, aber bisher nicht eingeführte Finanztransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte und damit zur Bekämpfung wirtschaftlicher Ungerechtigkeit, die zum Gründungsziel der internationalen Bürgerbewegung Attac führte, ein Weg für mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt oder was schlagen Sie vor?

Die Finanztransaktionssteuer wird auf EU-Ebene kräftig diskutiert. So lange allerdings kein Konsens erzielt wird, wird es schwer, diesen Weg zu gehen.

Können Sie verstehen, dass Menschen in Deutschland Angst vor der Globalisierung haben, obwohl ihr Wohlstand vor allem auf Exporten im Rahmen freier Weltmärkte aufbaut?

Viele Menschen haben Angst vor Veränderungen, die sie selbst nicht steuern können. Hinzu kommt, dass viele nicht das notwendige Hintergrundwissen haben, um die Vorgänge objektiv zu bewerten. Auch ich verstehe nicht immer gleich, was auf der Welt vorgeht. Darüber hinaus können wir nicht erwarten, dass jeder als „Weltbürger“ geboren wird. Und wir dürfen nicht verkennen, dass die Globalisierung nicht für jeden gleichermaßen Segen oder Fluch ist.

„Global denken, lokal handeln“ – was heißt das bezogen auf den Main-Kinzig-Kreis zu den angesprochenen Themenkomplexen?

In der nächsten Zeit werden wir im Main-Kinzig-Kreis – wie überall – mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen beschäftigt sein. Vieles ist auf den Weg gebracht, viele Bürger zeigen ehrenamtliches Engagement. Der Kreis wird vom Land finanziell unterstützt. Jetzt benötigen wir eine noch strukturiertere Vorgehensweise. Zugleich dürfen wir die Sorgen der Bürger nicht ignorieren. Wir müssen uns die Zeit nehmen, uns mit ihnen auseinanderzusetzen, und auf ihre Sorgen eingehen und versuchen, sie zu zerstreuen.

Bei allem Engagement, was ist für Sie noch wichtig bei Ihrem Leben in Deutschland?

Das Wichtigste für mich ist, dass ich in Deutschland „angekommen“ bin und dank vieler Menschen ein ganz normales Leben aufbauen konnte. Ich bin heute eine Deutsche mit indischen Wurzeln.